Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin S.W. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Insertionspreis Pfg. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Z. zuzüglich und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresin. gemäß entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Grundzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk., für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtlicher Platzvorschrift ohne Abzug ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netzpreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längere Zeit, gerichtliche Eintreibung, gemischte Anzeigen usw. / Inseraten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Einspruch binnen 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Amtlicher Teil.

Lohnabzug für die Einkommensteuer betr.

Nach § 5 der Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919 (Reichsgesetzblatt S. 1993) ist es unzulässig, **Gehälter und Löhne, die am 25. Juni 1920 oder später fällig werden, vor dem 25. Juni 1920 ohne Lohnabzug auszuzahlen.**

Arbeitgeber, die trotzdem ohne Lohnabzug auszahlen, machen sich haftbar und strafbar.

Meißen, am 22. Juni 1920.

4301 **Das Finanzamt (Bezirkssteuereinnahme).**

Neue Schwierigkeiten für das Kabinett Fehrenbach.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Geheimrat Wiedfeld und auch Dr. Melchior haben die Übernahme des Reichswirtschaftsministeriums abgelehnt.
* In mehreren Städten Westdeutschlands und besonders in Osnabrück ist es zu erneuten schweren Ausschreitungen wegen der Teuerung der Lebensmittel gekommen.
* Die Entente hat beschlossen, an Stelle der bisherigen Geschäftsträger Botschafter nach Berlin zu entsenden.
* Der von den Polen widerrechtlich verhaftete Dr. von Holtum soll auf Befehl aus Warschau wieder freigelassen werden.

Die Vielbeschäftigten.

Damit sind nicht die deutschen Staatsmänner und Politiker gemeint, die immer noch tagaus, tagein sich die Köpfe darüber zerbrechen, wie sie es anstellen sollen, eine neue Regierung für das Deutsche Reich zusammen zu bekommen. Die so tun, als wenn es gar nicht auf die Zeit ankäme, als wenn unsere Gegner in der Welt auch ihrerseits inzwischen den regelmäßigen Gang ihrer Geschäfte unterbrächen, um in schuldiger Ehrerbietung abzuwarten, was aus den wochenlangen Verhandlungen der deutschen Parteiführer schließlich herauskommen soll. Nein, die feindlichen Regierungen sind um so geschäftiger, je untätiger sie uns sehen. Und so sind ihre Beauftragten wieder einmal versammelt, um aus der deutschen Haut abermals Riemen zu schneiden.

Diesmal ist Boulogne der Schauplatz ihrer Beratungen. Zweck der Übung: Vorbereitung der Konferenz von Spa. Was uns dort erwartet, scheint in Deutschland noch immer nicht auch nur von weitem geahnt zu werden. Und doch sollten wir das Schema, nach dem die Entente sich jetzt immer mit uns auseinandersetzt, nachgerade einigermaßen kennen. Die Hauptsache ist also, daß irgendwelches neues Anklagematerial gegen uns beschafft wird. Einmal sind es die wirtschaftlichen Friedensbedingungen, die wir nicht erfüllen; diesmal kommen die militärischen an die Reihe. Wir rüsten den Herrschaften nicht rasch und nicht gründlich genug ab, es fehlt noch dies und es fehlt noch jenes, und wenn jetzt etwa eine nationalistische, eine alldeutsche Regierung gar in Berlin ans Ruder käme, man denke, welches Unheil sie mit dem noch nicht abgelieferten Kriegsmaterial von heute auf morgen schon anrichten könnte. Also wird Marschall Foch vor allen Dingen ins Treffen geschickt. Er muß feststellen, daß die Sicherheit Frankreichs unbedingt bedroht ist, und danach seine Forderungen einreichen. Man ist aber großmütig: marschieren, nach Deutschland hinein, will man nicht mehr; in dieser Suppe hat sich doch wohl so manches Haar vorgefunden. Dafür sollen aber die wirtschaftlichen Beziehungen zu uns abgebrochen werden, wenn wir nicht endlich mit der Erfüllung des Friedensvertrages unsere Schuldigkeit tun. Dann bekämen wir also eine Art gemilderter Blockade. Warum auch nicht? Es geht uns doch, seitdem die Grenzen nicht mehr ganz geschlossen sind, fast schon wieder zu gut, ein paar neue Daumschrauben können wir gewiß ruhig aufgesetzt bekommen. So holt man sich, rein aus der Luft gegriffen, einen gehörigen Passivposten auf unsere Rechnung, den wir zunächst einmal auf irgend eine Art und Weise abgelten müssen. Diskussionen darüber gibt es nicht. Marschall Foch stellt fest, unfehlbar und unwiderruflich, und wir haben seine Monita als Offenbarungen des allwissenden Obersten Rates in Demut hinzunehmen. Wir mögen ihren Inhalt tausendmal als hinfällig bestreiten, das interessiert die Westmächte nicht im geringsten. Das sind Vorfragen, über die ihnen die alleinige und die endgültige Entscheidung zusteht. Damit ist gleichzeitig auch jeder Versuch, für die weitere Herabsetzung unseres Heeres bis auf 100 000 Mann einen Aufschub zu erzielen, von vornherein zu völliger Aussichtslosigkeit verurteilt. Darüber wird überhaupt nicht geredet werden, das wird gar nicht zur Diskussion zugelassen.

Man hat — ja was hat man alles zu tun? Also da ist die Entwaffnung Deutschlands, nicht wahr? Da wird das Nötige unverzüglich zu veranlassen sein. Eine Note ist schon ausgearbeitet, jetzt wird sie geprüft, und heute oder morgen kann sie in Berlin eintreffen. Danach kommt die deutsche Entschädigung. Über sie hat man abermals „Sachverständige" sich den Kopf zerbrechen lassen — und wieder schwirren die Milliarden nur so nach hunderten durch die Luft. Früher sprachen die Weisen des Abendlandes von 30 Jahresraten, mit denen sie uns zum Weißbluten bringen wollten. Jetzt wollen sie uns dazu 37 Jahre Zeit lassen, zu je drei Milliarden, nebst allerhand Sonderzahlungen, so daß eine Gesamtsumme von weit mehr als 120 Milliarden herauskommen würde. Um diese Summen aufzubringen, soll der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel die Ausgabe einer internationalen Anleihe empfohlen werden, als deren Pfand man sich die deutschen Einkünfte denkt. Diese Einkünfte sollen — wir brauchen gar nicht zu erschrecken — nur „vorübergehend" in die Hand der Alliierten gelegt werden.

In diese finanziellen Überlegungen aber tönt wieder einmal einiger Kanonendonner herein und vermehrt das Arbeitspensum der Entente-Diplomaten in unvorhergesehener Weise. So müssen die alliierten Generalstäbe veranlaßt werden, Maßnahmen zur Sicherung der Gegend von Konstantinopel und der Meerengen zu treffen, und die Boulogner Konferenz erklärte sich mit ihren Vorschlägen einverstanden. Dann aber mußte man angesichts des stets wachsenden Zündstoffes unter den Verbündeten die griechischen, die polnischen, die rumänischen, die tschechoslowakischen und die südslawischen Delegierten bitten, nach Spa zu kommen und dort die ihre Länder direkt berührenden Fragen mit den Alliierten durchzusprechen. Selbst die portugiesischen Delegierten wurden der gleichen Ehre gewürdigt, was auf beabsichtigte Dispositionen über den ostafrikanischen Kolonialbesitz schließen läßt. Ferner mußte überlegt werden ob der Türkei eine verlängerte Frist für die Annahme der Friedensbedingungen gewährt werden könne, und man entschied sich dieses Verlangen abzulehnen, wohl in der Erkenntnis, daß die türkischen Herren, die zu diesem Zweck in Paris eingetroffen sind, das letzte Wort in der Frage ohnedies nicht zu sprechen haben. Und schließlich muß man noch Berichte über die Verhandlungen mit Krassin, dem Bevollmächtigten der Sowjetregierung, entgegennehmen. Hier gibt es für Lloyd George kein Schwanken mehr; er wünscht vor allem mit Rußland zu einer Einigung zu gelangen, um die wirtschaftlichen Beziehungen mit Moskau wieder aufnehmen zu können, was einer Anerkennung der Sowjetregierung gleichkommen würde. Frankreich dagegen will von einer Ausgleichung mit Rußland immer noch nichts wissen.

Man sieht, die Boulogner Speisekarte ist übermäßig lang geraten, aber die Delegierten bemühen sich wenigstens angestrengt, sie trotzdem gebührend zu bewältigen. Gelingt ihnen das, so würden wir in Spa abermals einer geschlossenen Front gegenüberstehen — und unsere Vertreter hätten dann dort nicht viel mehr zu tun als in Versailles. Herr Fehrenbach, der neue Kanzler des Deutschen Reiches, wird hoffentlich inmitten allen Feilschens um Minister- und andere Posten Zeit genug behalten, um diese überaus ernste Sachlage seinen ersten Amtshandlungen zugrunde zu legen.

Bildung des Kabinetts Fehrenbach.

Das Regierungsprogramm.

Im Entwurf des Programms, das der Kanzler zur Grundlage seines Kabinetts zu machen gedenkt, wird ausgeführt werden, daß der Wiederaufbau Deutschlands auf der verfassungsrechtlich gegebenen republikanischen Grundlage erfolgen soll, daß jede gewaltsame Umwälzung bekämpft wird, daß die politische Gleichberechtigung aller Deutschen gewährleistet wird, daß eine Klassenherrschaft abgelehnt wird, daß eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs angestrebt wird, und daß dem Klassen- und Rassenhaß entgegengearbeitet werden soll. Dieses Programm wird Fehrenbach dem Reichstage in der nächsten Woche vorlegen.

Reichstag und Präsidentenwahl.

Der neue Reichstag wird in seiner ersten, nur kurzen Sitzung die notwendigen vorbereitenden Arbeiten der Geschäftsordnung erledigen, den Alterspräsidenten feststellen und die Präsidentenwahl vornehmen. Dann wird sich der Reichstag wieder vertagen, um erst am Dienstag in der nächsten Woche seine eigentliche Arbeit aufzunehmen. An diesem Tage, an dem das Haus in seine großen Beratungen eintreten soll, wird sich auch das neue Kabinett vorstellen und das Vertrauen des Reichstags erbitten.

Einige Schwierigkeiten scheint die Wahl des Reichstagspräsidenten zu machen. Die Sozialdemokraten haben die Übernahme des Postens abgelehnt und nun heißt es, daß auch beim Zentrum, das schon in hervorragendem Maße an der Regierungsbildung beteiligt ist, wenig Neigung besteht, den Präsidentenposten des Reichstags zu besetzen. Das Zentrum wird sich mit einer Vizepräsidentenstelle begnügen und den anderen Parteien den Posten des Präsidenten überlassen. — Der Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär Albert, hat infolge Kabinettswechsels dem Reichskanzler Fehrenbach sein Amt zur Verfügung gestellt. Der Reichskanzler hat jedoch den Staatssekretär gebeten, sein Amt fortzuführen.

Neue Schwierigkeiten für das Kabinett Fehrenbach.

Berlin, 23. Juni. (tu.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Dienstag mit der Frage der grundsätzlichen Stellung zu der in der Bildung begriffenen neuen Regierung. Nachdem Hermann Müller und Löbe über die bisherigen Verhandlungen berichtet hatten, wurde nach mehrstündiger Aussprache, an der sich 20 Redner beteiligten, gegen 5 Stimmen beschlossen, bei der Vertrauensabstimmung, die der Abgabe der Regierungserklärung folgen soll, Stimmenenthaltung zu üben. Die Fraktion glaubt bei Erwägung aller Gegengründe nicht weiter gehen zu können, da sich die Abgabe eines Vertrauensvotums für eine Regierung, der Mitglieder der Deutschen Volkspartei angehören, mit ihren Aufgaben nicht verträgt. Die Fraktion beabsichtigt ihre Stimmenenthaltung so zu modulieren, daß der neuen Regierung in ihrer Stellung der Entente gegenüber in Spa keine Schwierigkeiten erwachsen. Die Demokraten erklärten daraufhin, es sei klar, daß unter diesen Umständen eine Regierung, die von der Mehrheit des Plenums getragen, in Spa verhandeln könne, auf der beabsichtigten Grundlage nicht gebildet werden könne und alle vor einer ganz neuen Situation stehen. Von diesem Beschluß wurde dem Parteiausschuß Kenntnis gegeben, der angesichts der neuen Situation das der Fraktion ausgesprochene Vertrauen ausdrücklich erneuerte.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Die Defizitwirtschaft im Reiche.** Dem neuen Reichstage werden vom Reichsfinanzministerium neue Kreditvorlagen in Höhe von 14 700 Millionen Mark für die Zeit Juli-September 1920 zugehen, die infolge der Defizite bei den einzelnen Ressorts, namentlich bei Eisenbahnen, Post, Wiederaufbau, Kriegsfolgen, in Erscheinung getreten sind. Bei Beratung dieser Forderungen soll auch die augenblickliche Reichssteuerpolitik einer Besprechung unterzogen werden, da das neue Lohnabzugsverfahren die Gefahren neuer Streiks und neuer Lohnforderungen heraufbeschwört.

✦ **Die Wahlen in Großthüringen.** Die Wahlen für den Landtag Großthüringens ergaben nach den bisherigen Resultaten eine bürgerliche Mehrheit. Die noch ausstehenden Ortschaften gelten als für die bürgerlichen Wähler günstig.

✦ **Das friedliche Rußland.** Ein Moskauer Funkspruch besagt: Tschitscherin hat ein Telegramm an die deutsche Regierung gesandt, worin er den „böswilligen und tendenziösen Gerüchten über angebliche feindselige Absichten Rußlands gegenüber Deutschland" entgegentritt. Etwas derartiges wäre nicht geplant. Der Krieg gegen Polen sei ein reiner Verteidigungskrieg, die Politik Sowjet-Rußlands sei friedlich.

✦ **Ententebotschafter für Deutschland.** Die Delegierten der Entente-Großmächte haben beschlossen, sich in Zukunft nicht mehr durch Geschäftsträger, sondern durch Botschafter in Berlin vertreten zu lassen. Die Konferenz in Spa wird vorläufig auf den 5. Juli angesetzt. Es sollen noch neue Delegierte bestimmt werden.

Großbritannien.

× **Griechisch-türkischer Krieg?** Alle Schiffe des ersten und ein Teil des achten englischen Geschwaders, darunter der große Kreuzer „Centurion", kreuzen im östlichen Mittelmeer. Der von Marseille kommende Kreuzer „Ceres" dampfte ebenfalls dorthin ab. Es hat den Anschein, als ob sich die ganze Mittelmeerflotte im östlichen Teil sammeln werde. Dem „Echo de Paris" zufolge ist bei den Be-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF